

4/2018

OP DE PUNKT.

KONTAKT- AN INFORMATIONENBLATT VON DER CSV STEESEL



DIE RENATURIERUNG DER ALZETTE VON LUXEMBURG BIS MERSCH AUS SICHT DER GEMEINDE STEINSEL

Im Jahre 1755 wurde die Alzette im Bann Steinsel „begradigt“, d. h. ihre natürliche Schlingelinie wich einem künstlichen, von Menschenhand geschaffenen, geraden Flussbett. Der Beweggrund hierzu war, mittels dem schnelleren Wasserabfluss und der Vertiefung des Flussbettes, die Feuchtwiesen des Alzette-Tales trocken zu legen und somit landwirtschaftlich besser zu können. Damals war der Respekt von Flora und Fauna nebensächlich.

Heute jedoch ist die Problematik eine andere: Im Bann Steinsel gibt es nicht mehr sehr viele freie Wiesen, die Zahl der Häuser ist stark gestiegen und die direkte Folge ist starke Bodenversiegelung. Diese begünstigt ein sehr schnelles Ansteigen des Wasserpegels der Alzette bei starkem Regen, wobei das dann entstehende Hochwasser sehr hohen materiellen Schaden anrichten kann.

Wir sind uns außerdem bewusst, dass wir nicht mehr respektlos Flora und Fauna zerstören dürfen. Wo sind Fasanen, Flusskrebse, Lachse usw. geblieben? Mit der Begradigung und der Zerstörung von Biotopen haben wir diesen Tieren die Lebensgrundlage entnommen. Die Flora erlitt das gleiche Schicksal.

Also kam die Idee auf, die Alzette zu „renaturieren“.

Hinter dem Wort „Renaturierung“ verbirgt sich manches. Die Alzette soll ein sogenanntes „Winterbett“ erhalten, in dem das Hochwasser sich ausbreiten kann. Zu bemerken ist, dass das „Sommerbett“ schmaler ist, sich aber vom heutigen Bett darin unterscheidet, dass der Fluss viel flacher wird. Dadurch kommt es zu einer Reduzierung der Fließgeschwindigkeit, dies begünstigt, dass Flora und Fauna sich wiederum

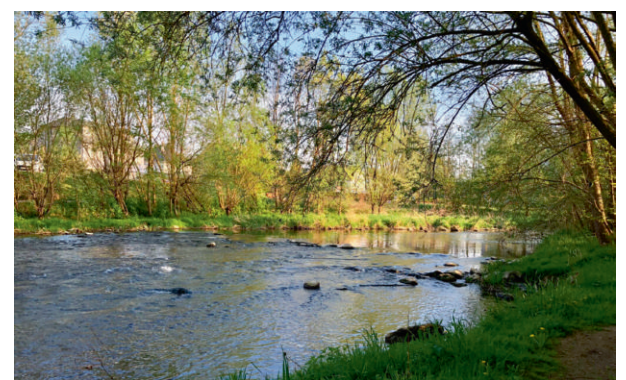
ausbreiten können. Ein gewisser Selbstreinigungseffekt wird hiermit auch erreicht, natürlich und wirksam, so lange der Mensch nicht brutal eingreift, indem er Chemikalien in die Gewässer einleitet.

Im verbreiterten „Winterbett“ sind Bauprojekte prinzipiell ausgeschlossen. Lediglich Wiesen die bei extremem Hochwasser gefährdet sind, dürfen unter besonderen Bedingungen bebaut werden.

Dies sind einige Vorteile der Renaturierung: Wiederherstellung und Unterstützung von Flora und Fauna, Verbesserung der Wasserqualität und mittels gesteuerten Wasserausläuflächen wiederum bebaubar werdende Flächen. Des Weiteren würde sich die Optik des Tales verbessern, da die von Menschenhand geplante Intervention der Natur helfen würde, ihr früheres Gebiet sehr schnell zurückzuerobieren und sich somit für die Bürger eine erholsame, schöne Naturlandschaft vor der Haustür ergibt.

Also nur Vorteile?

Leider nein. Man kann sich vorstellen, dass die Menschen nicht auf die heutigen Pläne gewartet haben. Infrastrukturen, Gebäude, landwirtschaftlich genutzte Flächen usw. stehen oft im Wege. Diese Schwierigkeiten müssen akribisch aufgelistet werden, die Lösungsvorschläge müssen ausgearbeitet werden und die Pläne, welche diesen Problemen Rechnung tragen, müssen erarbeitet werden. Finanzielle Mittel müssen zur Verfügung gestellt werden: Zusätzlich zur Ausführung der beschriebenen Arbeiten und der Erarbeitung von genauen hydraulischen Plänen müssen Flächen gekauft werden, um eventuelle Kompensationsmaßnahmen zu ermöglichen.



Dies kann eine einzelne Gemeinde nie allein verwirklichen! Also ist auch der Staat gefordert. Jedoch liegen die Schwierigkeiten im Detail, wie eine Sitzung kürzlich in der Gemeinde Steinsel zwischen dem Staatssekretär Camille Gira, der Gemeindeverwaltung und den Vertretern aus verschiedenen implizierten Ministerien ergab.

Mit gutem Willen und viel Überzeugungskraft, Geduld und finanziellen Mitteln kann vieles möglich werden - aber nicht alles. Zusätzlich müssen sich die betroffenen Landwirte und/oder Grundeigentümer einsichtig zeigen und einsehen, dass dieses Projekt erstrebenswert ist. Es werden Initiativegeist und Wille benötigt, um die festgefahrenen Ideen und Verhaltensregeln zu überwinden. Wenn die Gemeinsamkeit überwiegt, dann dürfte das Projekt „Renaturierung“ gelingen.

Zusammen können wir das Alzette-Tal verbessern. Lassen wir diese Gelegenheit nicht verstreichen.

Jean ROSSY

Schöffe Gemeinde Steinsel

EINE POLITIK, DIE DORT ANSETZT, WO SIE AM NOTWENDIGSTEN IST: BEIM BÜRGER!



VL.n.r.: Joé Mbaya, Bob Morbach, Lucija Duric, Carlo Graas

Eine Wohnung zu mieten oder zu kaufen ist in Luxemburg in der Regel mit hohen Kosten verbunden. Beliefen sich die Ausgaben für Wohnen im Jahr 1964 noch auf 18,7% des Einkommens, so sind es heute bereits weit über 37%.

Durch die wirtschaftliche Entwicklung Luxemburgs wird dieser Prozentsatz auch in den nächsten Jahren weiter ansteigen. Das wird kommenden Generationen in nicht allzu ferner Zukunft vor schier unlösbare Probleme stellen.

Oft diskutierte Vorschläge und Ideen wie das Anmieten von Wohnungen durch den "Fonds du logement" oder das Bauen in die Höhe sind natürlich willkommen, aber nicht konkret genug. Schaut man

sich die detaillierten Zahlen an, werden die Missstände noch offensichtlicher. Laut einer aktuellen „Athome“-Studie belaufen sich die durchschnittlichen Kosten für eine bestehende Wohnung auf 5.000€ pro Quadratmeter und auf über 6.300€ pro Quadratmeter für neu gebaute Wohnungen.

Preissteigerungen von jährlich über 5% sind seit Jahren die Norm.

Auch das Mieten einer Wohnung wird nicht billig! Die monatliche Miete beläuft sich derzeit auf durchschnittlich 1.385 Euro. Dies können sich schon heute viele Bezieher niedriger Löhne ohne staatliche Zuschüsse kaum mehr leisten.



Die CSJ („Chrëschtlech Sozial Jugend“) hat bezüglich dieser Problematik konkrete Lösungsvorschläge ausgearbeitet, die während ihres letzten Kongresses vorgestellt und gestimmt wurden. In diesem Artikel wollen wir ein paar dieser Vorschläge präsentieren:

- Bei größeren Projekten (über ein Hektar) sollte ein Mindestteil von Wohnungen Menschen vorbehalten werden, die ihre erste Wohnung beziehen möchten.
- Die finanziellen Mittel, die der Staat für den Wohnungsbau zur Verfügung stellt, sollten stark angehoben werden. Dies würde auch bedeuten, dass der Wohnungsbau zur Hauptpriorität der Regierung ernannt wird.
- Zusammen mit der Wohnungsbaupolitik sollte ein effektives Mobilitätskonzept erarbeitet werden. Bei der Landesplanung sollte aber auch darauf geachtet werden, dass zwischen der Anzahl geschaffener Arbeitsplätze und gebauter Wohnungen entsteht.
- Ein Pacte Logement II sollte erarbeitet werden: Die finanzielle Unterstützung, die Gemeinden als Gegenleistung für ein Bevölkerungswachstum erhalten, müsste zu mindestens 70% für den Wohnungsbau genutzt werden. Dies würde sicherstellen, dass das Geld dort ankommt, wo es am nötigsten gebraucht wird.
- Administrative Abläufe im Innenministerium sowie Hürden im Umweltministerium sollten vereinfacht und verkürzt werden. Zudem sollte die Zusammenarbeit zwischen den verschiedenen öffentlichen Akteuren stark verbessert werden.

In unserer Gemeinde sind wir uns gemeinsam mit unserem Koalitionspartner der LSAP einig, dass dies ein Schwerpunkt unserer Politik ist. Deshalb setzte der neue Gemeinderat eine Dorfentwicklungskommission ein, die sich ganz dem neuen allgemeinen Bebauungsplan widmet. Dieser Plan wird die Basis legen für die Wohnungsbaupolitik auf kommunalem Niveau in den kommenden Jahrzehnten. Diese Spezialkommission für die Bearbeitung des neuen Bebauungsplanes hat ihre Arbeit in ihrer Sitzung vom 10. Januar aufgenommen und trifft sich nun regelmäßig alle 2 Wochen.

Fest steht schon heute, dass auch dieses Vorhaben den absoluten Willen unserer beiden Parteien aufzeigt, die Lebensqualität unserer Bürger auch in den kommenden Jahren weiter zu erhöhen.

Neue und vor allem innovative Ideen und Ansätze sollten gerade jetzt diskutiert werden, denn die Nationalwahlen im Oktober werden es dem Bürger erlauben der Partei seine Stimme zu geben, die seiner Meinung nach die besten Lösungsansätze für dieses wichtige Problem anzubieten hat.

Lucija Duric & Bob Morbach